

Verteilung 2014: Ist in der Schweiz alles anders?

»Damit einer reicher werden kann, müssen 500 arm bleiben, und ohne die Polizeigewalt Ihrer Majestät könnte er sich nicht furchtlos schlafen legen.«

Adam Smith in > Wealth of Nations<

Die wohl wichtigste Publikation zur Problematik der immer ungleicheren Einkommens- und Vermögensverteilung war 2014 das Werk > Capital in the Twenty-First Century von Piketty (Piketty 2014). Seine zentrale und gut belegte These ist, dass die Kapitaleinkommen in der Welt seit vielen Jahrzehnten schneller wachsen als die Arbeitseinkommen und deshalb die Ungleichheit bezüglich Einkommen und Vermögen deutlich zugenommen hat. Dies führe auf die Dauer nicht nur zu wirtschaftlichen Problemen, sondern erschüttere auch das Fundament der demokratischen Gesellschaft, meint Piketty.

Damit wurde die Verteilungsproblematik im Jahr 2014 wiederum ein ganz zentrales Thema in Wissenschaft und Politik. In den Jahren zuvor hatte bereits die OECD das Thema in den Vordergrund gerückt (OECD 2011). Kürzlich hat sie nochmals mit einer Untersuchung nachgedoppelt, die unterstreicht, dass die jüngste Krise in Europa die Ungleichheit verschärft (OECD 2013). Das hat nun selbst diese Organisation, die sich in der Vergangenheit vor allem dem Freihandel und der Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit verschrieben hat, zu einer Kurskorrektur bewegt. Der >Trickle down<-Effekt des Wirtschaftswachstums sei kein Automatismus, so die OECD. Vielmehr brauche es jetzt ein »inklusives Wachstum« als neue Strategie. Mittels einer neuen Initiative gegenüber den Mitgliedsländern soll Wirtschaftswachstum mit einer besseren Verteilung von Einkommen und Vermögen, gerechterem Zugang zu Bildungsinstitutionen usw. verbunden werden (Ramos 2014).

Kapitaleinkommen steigen stärker

Hans Baumann

1948, ist Ökonom und Mitglied der Denknetz-Kerngruppe. Als Berater, Dozent und Autor ist er für verschiedene Projekte tätig und sitzt für die SP im Gemeinderat von Dübendorf. In der Wissenschaft, in internationalen Organisationen und auch in der Politik sind die steigende Ungleichheit und die Notwendigkeit der »Rückverteilung« das grosse Thema. Und in der Schweiz? Im Rahmen der 1:12- und der Min-



destlohn-Initiative ist es der Linken gelungen, das Thema auch hierzulande in die öffentliche Diskussion einzubringen. Die Regierung, bürgerliche Parteien, Arbeitgeber und auch der Mainstream der Wissenschaft haben die zunehmende Ungleichheit aber verharmlost. Was wurden nicht alles für Zahlentricks angewendet und Halbwahrheiten hervorgeholt, um zu beweisen, dass die Schweiz eine im internationalen Rahmen relativ gleiche Einkommensverteilung aufweise und dass die Ungleichheit hierzulande wenn überhaupt dann nur minim zugenommen habe.

Piketty zeigt die zunehmende ungleiche Verteilung zwischen Kapitaleinkünften und Löhnen unter anderem mit dem Hinweis auf, dass der Anteil von Kapitaleinkommen am Volkseinkommen seit den 1970er-Jahren deutlich gestiegen ist (Piketty 2014, S. 220 ff). Das bedeutet umgekehrt, dass der Anteil der Löhne und anderen Lohnbestandteile (Lohnquote) in dieser Zeit gesunken ist. Tatsächlich lässt sich für fast alle Länder zeigen, dass sich die Lohnquoten in einem mehr oder weniger grossen Mass vermindert haben (ILO 2013). Die Schweiz gehört zu den ganz wenigen Ländern, in dem die Lohnquote offenbar stabil oder fast stabil geblieben ist. In einer neuen Untersuchung wird die Schweiz bezüglich Lohnquote sogar als »internationale Ausnahmeerscheinung« bezeichnet (Graff/Siegenthaler 2014). Als Begründung für diese Ausnahmeposition wird die Verschiebung der sektoralen Zusammensetzung in Sektoren mit höheren Lohnquoten, ein geringeres Wachstum des technischen Fortschritts, die Knappheit auf dem Arbeitsmarkt und die hohe Qualifikation der Erwerbsbevölkerung genannt. Dies wird unter anderem aufgrund unternehmensbezogener Lohnquotenanalysen belegt.

Das Resultat einer stabilen Lohnquote ist angesichts der seit Jahren steigenden Unternehmensgewinne und der Anhäufung von Vermögen in diesem Land nicht unbedingt plausibel. Wir haben bereits in einem früheren Verteilungsbericht (Baumann 2011) darauf hingewiesen, dass es bei einer Analyse der Entwicklung der Lohnquote darauf ankommt, welche Daten der Berechnung zugrunde gelegt werden, was unter anderem auch von der Fragestellung abhängt, die hinter der Analyse steht. Der neoklassische Ansatz von Graff/Siegenthaler geht von der Frage aus, welchen Beitrag der »Produktionsfaktor Arbeit« zum produzierten Output in der Schweiz geleistet hat und wie viel Kosten (Lohn, Lohnnebenkosten usw.) dafür aufgewendet wurden. Wie das auch bei der OECD üblich ist, werden die Lohnkosten ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) gesetzt. Im Text sprechen Graff/Siegenthaler dann zwar vom Verhältnis der Lohnkosten zum Volkseinkommen. Das ist aber nicht das Gleiche, umfasst doch das Volkseinkommen im Gegen-



satz zum BIP auch die Einkommen aus dem Ausland, also Löhne, Gewinne und Vermögenseinkommen, die im Ausland verdient werden und in die Schweiz fliessen. Vom BIP abgezogen werden dafür Einkommen, die ins Ausland abfliessen, also etwa die Löhne von Grenzgängern, die im Ausland wohnen. Für die Frage, wie die Einkommen verteilt sind, die tatsächlich in der Schweiz von Inländern verdient werden, ist demnach das Volkseinkommen die entscheidende Grösse und nicht das BIP.

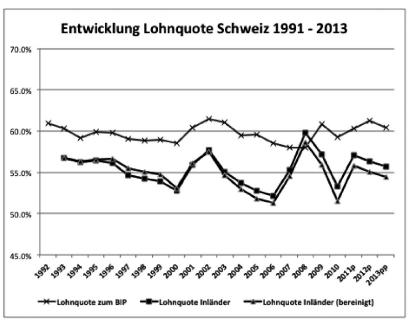
Für viele Länder mag die Unterscheidung zwischen BIP und Volkseinkommen keine grosse Rolle spielen, weil die beiden Grössen sich nicht stark voneinander unterscheiden. Für die kleine, stark mit dem Ausland verflochtene Schweizer Volkswirtschaft ist das anders. Dies nicht nur wegen des relativ grossen Anteils von Löhnen, die Kurzaufenthalter und Grenzgänger an ihren Wohnsitz im Ausland transferieren. Eine relevante Grösse sind vor allem die Gewinne und Vermögenseinkommen, die vom Ausland in die Schweiz fliessen und hier einen bedeutenden Teil der Einkommen darstellen. Diese sind in den letzten Jahren stetig gewachsen: Während in den 1990er-Jahren die Vermögenseinkommen aus dem Ausland etwa halb so gross waren wie die Nettoüberschüsse (Gewinne) im Inland, sind die ausländischen Vermögenseinkommen seit dem Jahr 2000 gleich gross oder grösser als die im Inland generierten Gewinne. Auch wenn man von den ausländischen Vermögenseinkommen die ins Ausland abfliessenden Einkommen abzieht, bleibt in allen Jahren ein beträchtlicher Nettoüberschuss der Gewinne und Vermögenseinkommen, die in die Schweiz an ›Inländer« fliessen. Einzige Ausnahme war das Krisenjahr 2008, in dem wegen des Gewinneinbruchs bei Schweizer Banken im Ausland mehr Einkommen ab- als zuflossen. Das zunehmende Gewicht der Einkommenszuflüsse hat dazu geführt, dass der Unterschied zwischen BIP und Volkseinkommen oder Bruttonationaleinkommen (BNE) in der Schweiz längerfristig leicht zugenommen hat2. Kräftig ist der Unterschied seit dem Einbruch von 2008 gewachsen, 2012 machte die Differenz rund 20 Milliarden aus, im Konjunkturverlauf schwankt sie beträchtlich.

Lohnquote leicht zurückgegangen

Betrachtet man nun die Entwicklung der Lohnquote auf der Basis des BNE seit dem Beginn der 1990er-Jahre, so zeigt sich ein Rückgang. Dabei wurde noch unterschieden in eine unbereinigte und bereinigte Lohnquote. Bei der bereinigten Lohnquote wird die Lohnsumme mit dem Anteil der Arbeitnehmenden an den Gesamtbeschäftigten gewichtet. Für die Fragestellung, wie sich das verfügbare Volkseinkommen auf die Inländer« verteilt, sagt dies mehr aus. Da der Anteil der Arbeitneh-



menden gestiegen ist, sinkt die bereinigte Lohnquote (oder die Lohnsumme pro Kopf) noch etwas stärker.



Quelle: Bundesamt für Statistik: Volkswirtschaftliche Gesamtrechung (VGR).

Während also die Lohnquote gemessen am BIP auch in unseren Berechnungen seit Beginn der 1990er-Jahre etwa stabil bleibt (oberste Kurve im Diagramm), was die Aussage von Graff/Siegenthaler bestätigen würde, kann man bei der Lohnquote gemessen am BNE einen leicht rückläufigen Trend feststellen. Der Rückgang von 56.5 Prozent zu Beginn der 1990er-Jahre auf rund 55 Prozent im Durchschnitt der letzten Jahre ist allerdings geringer als in den meisten OECD-Ländern. Auffällig sind aber die für die letzten Jahrzehnte historischen Taucher der Lohnquote auf rund 51 Prozent in den Boomjahren 2006 und 2010.

Die Frage, warum die Lohnquote in der Schweiz kaum oder deutlich weniger gesunken ist als in vergleichbaren Industrieländern, bleibt trotzdem bestehen. Hier geben Graff/Siegenthaler die oben erwähnten Erklärungen. Diese mögen einen Teil der Ursachen der relativen Stabilität der Lohnquote erklären, sie klammern aber wichtige Einflussfaktoren aus. Verschiedene Autoren und die ILO und OECD weisen darauf hin, dass die Höhe der Lohnquote auch abhängig ist von der Macht beziehungsweise dem Organisationsgrad der Gewerkschaften und/oder von politischen Veränderungen. Nun kann man kaum behaupten, dass in der Schweiz die relative Stabilität der Lohnquote der im internationalen Ver-



gleich besonders starken Gewerkschaften zu verdanken ist. Auch hierzulande ist der Organisationsgrad der Gewerkschaften in den letzten Jahren leicht zurückgegangen.³ Interessant sind aber in diesem Zusammenhang die Entwicklung der verschiedenen Lohnsegmente und die Lohnverteilung, die sehr wohl von politischen Entscheiden und Machtfaktoren abhängen.

In der Schweiz haben vor allem zwei Faktoren zur relativen Stabilität der Lohnquote beigetragen: Die reale Verbesserung bei den Tieflöhnen und die massiven Erhöhungen bei den Spitzenlöhnen.

Die Mindestlöhne in den Gesamtarbeitsverträgen, insbesondere in Sektoren mit Tieflöhnen, konnten in den letzten Jahren deutlich angehoben werden. Zusätzlich konnte der Abdeckungsgrad mit Kollektivverträgen seit 1999 erhöht werden, das heisst der Geltungsbereich von Mindestlöhnen wurde erweitert (Seco 2014). Das hat dazu geführt, dass vor allem die Arbeitnehmenden in den untersten Lohnsegmenten von 1994 bis 2010 ihre Reallöhne deutlich erhöhen konnten (SGB 2013/1). Auch sind die Reallöhne insgesamt seit den 1990er-Jahren mit wenigen Unterbrüchen angestiegen. Dies zeigt auch der Lohnindex des BFS, der ja bekanntlich die strukturellen Verschiebungen in Sektoren mit höherem Lohnniveau gerade nicht widerspiegelt, welche Graff/Siegenthaler als Grund für die relative Stabilität der Lohnquote erwähnen.

In vielen Industrieländern entwickelten sich die Löhne ganz anders. Deutschland zum Beispiel verzeichnete eine stark rückläufige Lohnquote. In den Jahren mit sinkender Lohnquote wurden im Rahmen der ›Agenda 2010› Reformen durchgeführt, die zu einem eigentlichen neuen Niedriglohnsektor führten (Hartz-Reformen, 5-Euro-Jobs). Gleichzeitig übten die Gewerkschaften bis ca. 2010 bewusst eine zurückhaltende Lohnpolitik aus, und die Abdeckung mit Kollektivverträgen ging zurück, das heisst, viele Arbeitsverhältnisse verloren den minimalen Lohnschutz (Unger u.a. 2013). All dies hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Reallöhne stagnierten beziehungsweise während Jahren sogar zurückgingen. Bei gleichzeitig steigenden Kapitaleinkommen war das ein Hauptgrund für die rückläufige Lohnquote. Viele Länder kannten ähnliche Entwicklungen, während sich in der Schweiz die Abdeckung mit Kollektivverträgen verbesserte, der Mindestlohnschutz verstärkt wurde und der Anteil an Niedriglöhnen zurückging. Der bessere Mindestlohnschutz war nicht zuletzt ein Resultat der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit.

Überdurchschnittliche Erhöhung der Spitzenlöhne

Aber nicht nur am ›unteren Ende‹ der Lohnverteilung sind die Reallöh-



ne in der Schweiz überdurchschnittlich gestiegen. Das Gleiche trifft noch in vermehrtem Mass auf die Lohnempfänger im obersten Segment zu. Die Aufschlüsselung der Lohnstrukturerhebung nach Dezilen zeigt einen starken überdurchschnittlichen Anstieg des obersten Dezils. Schlüsselt man die Lohneinkommen weiter auf, zeigt sich, dass vor allem das oberste Prozent der Lohnempfänger und noch mehr die obersten 0.1 Prozent profitiert haben. Bei den stark angestiegenen Spitzenlöhnen, die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung den Lohneinkommen zugerechnet werden, handelt es sich allerdings zu einem grossen Teil um Boni und Gewinnanteile. Daraus resultieren bei der Abgrenzung zwischen Kapitaleinkommen und Löhnen statistische Unschäffen, die ebenfalls zu einer günstigen Entwicklung der Lohnquote beitragen. Es wäre deshalb korrekter, die Spitzenlöhne mindestens teilweise den Kapitaleinkommen zuzurechnen.

Die Ökonomen des Gewerkschaftsbundes haben versucht, dies in ihrem Verteilungsbericht 2011 zu berücksichtigen (SGB 2011). Gemäss ihren Berechnungen auf der Basis der AHV-Statistik hatte das oberste Prozent der Lohnempfänger seinen Anteil an der Lohnsumme von 1997 bis 2007 etwa verdoppelt. Unter der Annahme, dass es sich bei diesen Löhnen mehrheitlich um Boni und Gewinnanteile handelt, wurde für die Berechnung der Lohnquote nur die Lohnsumme der 99 Prozent »verbleibenden« Arbeitnehmenden herangezogen. Als Resultat ist die Lohnquote nicht stabil geblieben wie aufgrund der VGR-Daten errechnet, sondern in zehn Jahren um drei Prozent zurückgegangen. Den neueren Lohnstrukturerhebungen des BFS kann entnommen werden, dass der Anteil des obersten Lohnprozents an der Gesamtlohnsumme von 2008 bis 2012 noch weiter zugenommen hat. Selbst eine sehr vorsichtige Schätzung lässt deshalb den Schluss zu, dass die Lohnquote, bezogen auf das BNE, seit den 1990er-Jahren um mindestens fünf Prozent zurückgegangen ist, wenn man nur die >unteren< 99 Prozent der ArbeitnehmerInnen berücksichtigt.

Vergleichen wir die Resultate unserer Berechnungen mit den Zahlen der OECD bzw. der von Graff/Siegenthaler publizierten Ergebnisse, stellen wir folgendes fest:

Wenn die Lohnquote ins Verhältnis zum Volkseinkommen, das heisst zum Bruttonationaleinkommen gesetzt wird, ergibt sich seit dem Beginn der 1990er-Jahre eine leicht sinkende und keine stabile Lohnquote. Das im Vergleich zu anderen Ländern geringe Absinken der Lohnquote kann zusätzlich zu den von Graff/Siegenthaler angegebenen Gründen durch die besondere Lohnentwicklung in der Schweiz erklärt werden: Einerseits ist der Anteil der Niedriglöhne in der Schweiz in den letzten



30 Jahren zurückgegangen, während er in vielen anderen OECD-Ländern wie Deutschland und den USA zugenommen hat. Zum anderen haben die Spitzenlöhne in der Schweiz, die im internationalen Vergleich ohnehin zu den höchsten gehören, in dieser Zeit nochmals kräftig zugelegt. Beide Faktoren haben die statistische Lohnquote in der Schweiz stabilisiert.

Lohnschere öffnet sich weiter

Die Reallöhne haben sich in der Schweiz auch im Jahr 2013 um ein Prozent erhöht. Damit ergibt sich nach der Stagnation im Jahr 2010 im dritten aufeinanderfolgenden Jahr eine positive Lohnentwicklung. Aufgrund der noch provisorischen Berechnungen der Arbeitsproduktivität für 2012/13 ist die Verteilungsbilanz 2013 etwa neutral geblieben, während sie im Jahr 2012 für die Arbeitnehmenden deutlich besser aussieht, als wir das noch im vorjährigen Monitor aufgrund provisorischer Zahlen angenommen hatten. Dass die Lohnquote 2012 trotz günstiger Verteilungsbilanz zurückging, ist auf den ersten Blick widersprüchlich. Es hat mit dem oben erwähnten Umstand zu tun, dass beim Volkseinkommen auch noch (Kapital-)einkommen aus dem Ausland hinzukommen. Zudem entspricht der vom BFS im Lohnindex berechnete Lohnzuwachs nicht dem Zuwachs der Lohnsumme in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Aufgrund der ersten Resultate der Lohnstrukturerhebung 2012 wird jetzt deutlich, dass die Lohnschere zwischen 2010 und 2012 wieder auseinandergegangen ist, nachdem die Lohnunterschiede zwischen 2008 und 2010 etwa gleich geblieben sind. Dies wird besonders deutlich im Verhältnis des reichsten zum ärmsten Zehntel der Beschäftigten. Diese Verhältniszahl ist von 1:2,74 auf 1:2,96 hochgeschnellt. Aber auch die Schere zwischen dem obersten Zehntel und dem mittleren Lohn ist auseinandergegangen. Seit vielen Jahren erstmals wieder angestiegen ist auch der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen.

Vermögenskonzentration nimmt zu

Auf die verfügbaren Einkommen haben sich diese zunehmenden Lohnunterschiede noch nicht niedergeschlagen. Dort ist die Schere zwischen dem obersten Zehntel und den unteren beziehungsweise mittleren Einkommen seit 2009 etwa gleich geblieben, der Gini-Koeffizient hat 2012 sogar etwas abgenommen. Die Umverteilung durch Steuern und Transfereinkommen scheint also einen dämpfenden Einfluss auf die zunehmende Lohnungleichheit zu haben.

Auch wenn die neuesten Zahlen aus der Steuerstatistik auf das Jahr



2010 zurückreichen, wird deutlich, dass in den letzten Jahren die Vermögenskonzentration noch einmal zugenommen hat. 2010 verfügten nur noch 1.9 Prozent der SteuerzahlerInnen über die Hälfte der Vermögen, 2008 waren es noch 2.6 Prozent gewesen. Rund 62 Prozent oder fast zwei Drittel besassen keines oder nur ein kleines Vermögen von unter 100'000 Franken. Dieser Prozentsatz hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Das deutet daraufhin, dass die Allerreichsten ihre Vermögen auch in den letzten Jahren wieder überdurchschnittlich erhöhen konnten. Dies nachdem die Vermögenskonzentration in der Schweiz schon in den Jahren vor 2008 stark zugenommen hatte und eine der höchsten in der Welt ist (Baumann 2011).

Die Situation in der Schweiz ist deshalb eine ganz ähnliche, wie Piketty sie für die USA beschreibt. Wir sind auf dem besten Weg, wieder in eine gesellschaftliche Situation wie im 19. Jahrhundert zu geraten, als eine relativ kleine Schicht extrem reicher Familien grossen Einfluss in Wirtschaft und Gesellschaft hatte und Werte wie Gerechtigkeit und Chancengleichheit keine Bedeutung hatten. Die meisten dieser grossen Vermögen werden heute vererbt und beruhen nicht auf irgendeiner Form von eigener Leistung. Jede zweite Woche wird in der Schweiz ein Vermögen von über 100 Millionen, jeden dritten Monat eines von über einer Milliarde vererbt. 10 Eine gewisse Korrektur dieser Entwicklung könnte die Einführung beziehungsweise die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer in der Schweiz bringen. Über eine entsprechende Volksinitiative werden die StimmbürgerInnen demnächst abstimmen können.

Anmerkungen

- 1 An anderer Stelle haben wir dies am Beispiel der Einkommensverteilung erläutert (Baumann 2012).
- 2 Die korrekte Definition von Volkseinkommen wäre Nettonationaleinkommen zu Faktorpreisen (BNE –Abschreibungen-individuelle Steuern+Subventionen). Der Einfachheit halber haben wir mit dem BNE gerechnet. Diese Vereinfachung hat auf die Grundaussagen und Schlussfolgerungen keinen Einfluss.
- 3 Von 2002 bis 2012 ist der Anteil der organisierten Arbeitnehmenden an der Gesamtheit der Arbeitnehmenden von 25 auf 20.3 Prozent zurückgegangen (SGB 2013/2).
- 4 Graff/Siegenthaler kommen bei ihrer unternehmensbezogenen Analyse auf einen rückläufigen Abdeckungsgrad mit Kollektivverträgen. Das trifft aber nur auf die ihrer Untersuchung zugrunde liegenden Unternehmen zu und ist kein Widerspruch zur gesamtwirtschaftlichen Zunahme des Abdeckungsgrades.



- 5 Bundesamt für Statistik (BFS), erste Ergebnisse der Lohnstrukturerhebung, www.bfs.ad min.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/04/blank/data/01/06 01.html.
- 6 Zu dieser Schlussfolgerung kommen auch Foellmi und Martinez in ihrer Untersuchung über die Entwicklung der Einkommensanteile des obersten Prozents und der obersten 0.1 Prozent der Einkommens- bzw. Lohngruppen von 1981 bis 2009. Siehe Foellmi/Martinez 2013.
- 7 Wenn die Löhne stärker wachsen als die Arbeitsproduktivität, muss die Lohnquote in einer geschlossenen Volkswirtschaft im gleichen Mass steigen.
- 8 Der BFS-Lohnindex berücksichtigt nicht die strukturelle Veränderung des Lohnniveaus, zum Beispiel durch eine Verschiebung der Beschäftigung in Sektoren mit höheren Löhnen. Deshalb ist die Lohnentwicklung gemäss Berechnung VGR in der Regel etwas dynamischer als der BFS-Lohnindex.
- 9 Der Gini-Koeffizient ist ein Indikator für Ungleichheit. Sein Wert variiert zwischen 0 und 100. Bei absoluter Gleichverteilung beträgt der Index 0. Bei völliger Ungleichheit, wenn also alle Einkommen bei einer Person konzentriert sind, beträgt der Index 100. Je höher der Gini-Index, desto grösser die Ungleichheit. Der Gini-Index ist nur ein Mass für die Ungleichheit. Interessant ist auch, dass der Gini-Index der äquivalenten Reineinkommen gemäss eidgenössischer Steuerstatistik (ESTV, Statistische Kennzahlen direkte Bundessteuer) viel höher und in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist, und zwar von 44.6 im Jahr 1995 auf 47.1 im Jahr 2010. Das bedeutet, dass die Einkommen vor Steuerabzug heute ungleicher verteilt sind als in den 1990er-Jahren. Die Einkommenstransfers sind aber im Reineinkommen schon enthalten. Die relative Konstanz des Gini-Koeffizients des verfügbaren Einkommens und die Widersprüche zur zunehmenden Lohnschere und zur Steuerstatistik können zum Teil auch auf statistische Probleme zurückzuführen sein. Die Haushalte mit unteren Einkommen haben vermutlich länger gearbeitet, um ihre Einkommensposition zu verbessern. Zudem beruhen die Haushaltsdaten auf telefonischen Erhebungen, bei denen die mittleren Einkommen in der Regel am besten vertreten sind. 10 Hans Kissling in Das Magazin Nr. 22/2014.

Literatur

Avenir Suisse (2013): Verteilung. Avenir spezial. Zürich.

Baumann, Hans: Verteilungsbericht 2011. In: Denknetz-Jahrbuch 2011. Zürich.

Baumann, Hans: Verteilungsbericht 2012. In: Denknetz-Jahrbuch 2012. Zürich.

International Labour Organisation (2013): Global Wage Report 2012/2013. Geneva.

Foellmi, Reto; Martinez, Isabel (2013): Volatile Top Income Shares in Switzerland?

Reassessing the Evolution Between 1981 and 2008. Discussion Paper, St. Gallen.

Graff, Michael, Siegenthaler, Michael (2014). Der Sonderfall Schweiz. Verlauf und Bestimmungsfaktoren der Lohnquote in der Schweiz, 1980–2012. KOF Analysen. Zürich.

Juso und Denknetz (2013): Lohnverteilung und 1:12-Initiative. Gerechtigkeit und Demokratie auf dem Prüfstand. Zürich.

OECD (2011): Divided We Stand. Paris.

OECD (2013): Crisis Squeezes Income and Puts Pressure on Inequality and Poverty. Results from the OECD Income Distribution Database. Paris.

Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-first Century. Harvard.

Ramos, Gabriela (2014): Inclusive Growth: Making it happen. OECD Yearbook. Paris.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB (2011): Verteilungsbericht 2011. Bern.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB (2012): Verteilungsbericht 2012. Eine Analyse der Lohn-, Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz. Bern.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB (2013/1): Lohndruck und ungerechte Verteilung. Die finanzielle Lage der Arbeitnehmenden in der Schweiz – Analyse und Handlungsmöglichkeiten. Bern.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB (2013/2): Zur Mitgliederentwicklung der Schweizer Gewerkschaften im Jahr 2012. Bern.

Staatssekretariat für Wirtschaft Seco (2014): Bericht GAV-Standortbestimmung. Bern.

Unger, Brigitte; Bispinck, Reinhard; Pusch, Toralf; Seils, Eric; Spannagel, Dorothee (2013): Verteilungsbericht 2013. WSI-Report, Düsseldorf.



Gleichheitsmonitor 2014

Im Gleichheitsmonitor veröffentlicht das Denknetz jährlich einige wichtige Kennziffern über Verteilung und Ungleichheit in der Schweiz. Berücksichtigt werden dabei immer die zuletzt verfügbaren Daten. Zu den in den Vorjahren publizierten Kennziffern können sich Differenzen ergeben, da Datenreihen von Zeit zu Zeit aktualisiert werden und das zuletzt verfügbare Jahr oft noch provisorische Daten enthält.

Kennziffer	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Reale Lohnveränderung in Prozent ¹	-0.4	2.6	0.1	0.7	1.5	1.0
Veränderung der Verteilungsbilanz in Prozent¹ (Reallöhne – Arbeitsproduktivität)	-0.7	4.6	-1.2	1.6	1.2	0.0
Bereinigte Lohnquote in Prozent ²	58.7	55.9	51.5	55.8	55.1	54.4
Bruttolöhne, 9. Dezil / 1. Dezil ³	2.74		2.74		2.96	
Bruttolöhne, 9. Dezil / 5. Dezil (Mittelwert) ³	1.81		1.82		1.88	
Rückstand der Frauenlöhne (bezogen auf Medianlohn)³ in Prozent	19.3		18.4		18.9	
Verfügbares Äquivalenzeinkommen 9. Dezil / 1. Dezil, Gesamtbevölkerung ⁴	3.6	3.5	3.4	3.6	3.5	
Verfügbare Äquivalenzeinkommen 9. Dezil / Median, Gesamtbevölkerung⁴	1.9	1.9	1.8	1.8	1.8	
Gini-Koeffizient, steuerbares Einkommen ¹⁰		46.9	47.1			
Gini-Koeffizient, verfügbares Einkommen ⁴	31.1	30.7	29.6	29.7	28.8	
Lohnschere: Verhältnis der Tieflöhne zu den gewichteten Höchstlöhnen in SMI-Firmen ⁵		1:153	1:124	1:120	1:135	
Anteil der Steuerpflichtigen, die 50 Prozent des Vermögens besitzen, in Prozent ⁶ Erwerbslosenquote Total in Prozent ⁷ AusländerInnen	2.6 3.4 6.0	2.0 4.1 7.2	1.9 4.2 7.5	3.6 6.8	3.7 7.0	4.2 7.9
Unterbeschäftigungsquote (Unterbeschäftigte in Prozent der Gesamtbeschäftigten) ⁷ Total Frauen	6.3 10.9	6.7 11.5	6.0 10.2	5.9 10.1	6.2 10.0	6.1 9.8
Sozialhilfequote (Sozialhilfebeziehende im engeren Sinn in Prozent der Bevölkerung) ⁸ Total AusländerInnen	2.9 6.0	3.0 6.1	3.0 6.0	3.0 6.0	3.1 6.0	
Working poor in Prozent der arbeitenden Bevölkerung ⁹ Total AusländerInnen Frauen	3.8 6.7 5.7	3.9 4.9 4.8	3.5 5.3 4.8	3.7 4.7 4.3	3.5 4.7 3.7	

Quellen/Erläuterungen zum Gleichheitsmonitor

- 1 Lohnindex Bundesamt für Statistik (BFS), Produktivitätsberechnung BFS (Schätzung für 2012/2013).
- 2 Lohnquote bezogen auf das Bruttonationaleinkommen, bereinigt mit dem Anteil der Arbeitnehmenden an den Beschäftigten. Bis 2011 aufgrund VGR/BFS. Für 2012 Schätzung.
- 3 Lohnstrukturerhebung BFS, privater Sektor.



- 4 BFS, Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen, SILC.
- 5 Die Lohnschere öffnet sich weiter. Lohnschere-Bericht 2013 der Unia.
- 6 SGB-Verteilungsbericht 2012: Lohndruck und ungerechtere Verteilung. Für 2010 eigene Schätzung aufgrund der Zahlen der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV).
- 7 BFS SAKE, Erwerbslosenquote gemäss Definition ILO, 2. Quartal. Unterbeschäftigungsquote, 2. Quartal.
- 8 BFS Sozialhilfestatistik.
- 9 BFS Lebensstandard, soziale Situation und Armut.
- 10 ESTV.